



Wien, den 20.4.2007

Betrifft: **Wahlrechtsänderungsgesetz 2007**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bestätigen mit bestem Dank den Erhalt Ihrer E-Mails vom 30. 3. 2007 und 11. 4. 2007.

“Wahlrechtsänderungsgesetz 2007, Versendung zur Begutachtung“

und erlauben uns dazu die folgende Stellungnahme abzugeben.

Wie schon in vielen Vorgesprächen und Eingaben angesprochen und im Regierungsabkommen vom 11. Jänner 2007 auch grundsätzlich vereinbart, erwartet der AÖWB die Einrichtung der echten Briefwahl für im Ausland lebende ÖsterreicherInnen.

Da der 2. Begutachtungsentwurf vom 11. 4. 2007 in großen Teilen die Wünsche des Auslandsösterreicher-Weltbundes berücksichtigt, wie nachstehend noch einmal zusammengefasst:

- Wegfall des bisher notwendigen **Zeugen** und Ersatz durch eine eidesstattliche Erklärung
- **Amtswegige** Information aller in Auslandswählerevidenzen eingetragenen österreichischen Staatsbürger über kommende Wahlen und Volksabstimmungen
- **Automatische** Zusendung der Wahlkarten an die in der Wählerevidenz eingetragenen Staatsbürger, ohne neuerliche mündliche oder schriftliche Anforderung von deren Seite
- Bei Ablauf der 10-jährigen Eintragung in die Wählerevidenz die **amtswegige und rechtzeitige Information seitens der Gemeinden** über die baldige Streichung an die Betroffenen und Aufforderung zur Neueintragung
- Die Verlängerung und Vereinheitlichung der **Fristen** für die automatische Aussendung und Rücksendung von Wahlkarten
- Einführung von **e-voting** im Ausland – zunächst für eine Testphase

können wir diesem Entwurf zustimmen und hoffen auf dessen baldige parlamentarische Umsetzung!

Mit freundlichen Grüßen

Dkfm. Ing. Gustav Chlestil
Präsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes

Die Stellungnahme wird dem Präsidium des Nationalrates im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at übermittelt.

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

www.parlament.gv.at